

Der Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...

Zu den neuen Handelsverträgen schreibt die...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...

Der und Haste.
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...

Die Nacht „Meteor“ ging bei dem gestrigen...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...

Verwaltung und Rechtsprechung.
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...

Parlamentarischer.
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...

Die wichtigste Klotter-Debatte in der zweiten...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...
— Die Postzustieg für 1910 zu erwartende Einführung der...

Preussischer Landtag.
(Eigen-Vericht der „Saale-Zeitung“)
Abgeordnetenhaus.
90. Sitzung vom 28. Juni, 11 Uhr.
Am Ministertische: Herr v. Hammerstein, Podbielski,
S. und u. a.
Die zweite Beratung des
Anschlusses-Gesetzes
wird beim Artikel I, der die §§ 13-20 des Gesetzes von 1886
umändert, fortgesetzt.
Die Polen haben hierzu eine Reihe von Anträgen gestellt,
welche namentlich den Zweck haben, die Vorschriften der An-
schlusses-Gesetze in möglichst eingehender Weise zu
Abg. v. Ziemkowski (Polen) begründet die polnischen Anträge.
Die Bestimmungen des § 13 würden eigentlich nur die kleinen
Bauern, nicht die Grundbesitzer. Im Interesse der kleinen
Bauern müßten daher die polnischen Anträge angenommen
werden.
Abg. v. Gorking (kon.) bekämpft die polnischen Anträge,
dies aber bei der großen Unruhe des Hauses ganz un-
möglich.
Abg. Dr. Wachem (Str.) behauptet es, daß das Haus bei einem
so wichtigen Gesetze so unruhig sei und den Rednern so wenig
Aufmerksamkeit schenke. Er habe von den Rednern so gut wie
nichts verstanden, es werde fast den Eindruck, als ob die
Redner sich gegenseitig gegen das Gesetz nicht hören
wollten. Da könnte man doch nicht von einer gründlichen
Beratung reden. Redner spricht sich sodann für die polnischen
Anträge aus.
Abg. Grafenburg-Stramm (kon.) gewirkt zur Geschäfts-
ordnung, daß das Haus gewiß unruhig gewesen sei, doch seien
auch die Redner des Abg. Dr. Wachem ruhig gewesen.
Abg. Dr. Wachem (Str.) behauptet das nicht einwandfrei.
Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte an-
genommen.
§ 13 wird hierauf unter Ablehnung der polnischen Anträge
angenommen.
Am 28. Juni, der weitere Vorlesung über die Anschlusses-
Gesetzgebung enthält, haben die Polen auch einige An-
schlusses-Anträge gestellt, die von dem Abg. v. Ehrhardt be-
gründet werden.

Abg. von Schilling (kon.) bekämpft diese Anträge, während
Abg. Dr. Heig (Str.) für sie eintritt.
Abg. Dr. Heig (Str.) bekämpft diese Anträge, während
Abg. Dr. Heig (Str.) für sie eintritt.
Abg. Dr. Heig (Str.) bekämpft diese Anträge, während
Abg. Dr. Heig (Str.) für sie eintritt.

Die zweite Beratung des Anschlusses-Gesetzes ist hiermit
beendet.
Es folgt die erste Beratung des von dem Abg. Franz
Krenker (Str.) eingebrachten Gesetzes zur Abänderung
des Anschlusses-Gesetzes.
Dieser Entwurf bestimmt, daß Schiffs- und Fischfangrecht,
das von einem Staat in Anspruch genommen wird, in einem
anderen Staat nicht geltend gemacht werden kann.
Abg. Krenker (Str.) begründet diesen Entwurf. Derselbe sei
notwendig, weil der § 5 des Anschlusses-Gesetzes zum Fisch-
fangrecht nicht klar genug zum Ausdruck bringe, daß eine
nachträgliche Unterbrechung nicht möglich sei.
Abg. Heig (Str.) bekämpft den Entwurf, da derselbe
den Fischfangrecht widerspreche. Durch das Kommu-
nizierungsrecht seien die Schiffe auf die Gebiete des Fisch-
fangs angewiesen, da diese man ihm durch ein solches Ge-
setz nicht verweigern. Außerdem sei eine nachträgliche
Unterbrechung im Interesse der Volkswirtschaft dringend nötig.
Redner beantragt, den Entwurf einer Kommission zu über-
geben.
Abg. Heig (Str.) spricht sich gegen die Kommissionsberatung
aus.
Abg. Heig (Str.) bekämpft, daß die Nachunterbrechung
des Fischfangs seitens der Städte in deren finanziellen Interesse
stehe. Deshalb die Mündigkeit auf die Gebiete der Bürger
für die zweite Unterbrechung zugeben. Der Antrag sei
ein Beweis für die einseitige Interessiertheit der Herren, die
ihn gestellt hätten.
Abg. Heig (Str.) bekämpft den Antrag.
Abg. Dr. Zentler (Str.) tritt für die Kommissionsberatung ein.
Abg. Gorking (Str.) bekämpft den Entwurf, welcher dem Zoll-
recht zugrunde liege, liegt nach diesem Entwurf zugrunde. Im
Interesse der Städte, die Gebiete annehmen, ist gegen die
Fischfangrechte, die die Gebiete erhalten, die welche diesen
Fischfang annehmen haben! (Lobholler Beifall laut.) (Lob-
Lob und Widerspruch laut.)
Abg. Heig (Str.) polemisiert gegen den Abg. Gorking
und verwahrt sich gegen den Vorwurf der einseitigen Interessiertheit.
Nachdem Abg. Zentler (Str.) sich gegen den Antrag Franz
Krenker ausgesprochen, wird die Debatte geschlossen.
Der Antrag Heig (Str.) auf Kommissionsberatung wird abgelehnt
gegen die Stimmen der Freisinnigen, des Gros der National-
liberalen und der Polen.
Es folgt sodann die zweite Beratung.
Abg. Krenker (Str.) erklärt, daß er mit einem Teil seiner
Freunde für den Antrag stimmen werde.
Abg. Zentler (Str.) beantragt, dem Antrag Franz
Krenker die Bestimmung hinzuzufügen, daß es den Städten vorbe-
halten bleibt, Unterbrechungen für eine zweite Unter-
brechung des Fischfangs einzurichten, welche, abgesehen von den
Schiffen, in die Hände derjenigen Stellen eingehend
werden müssen, an welchen das Fischfangrecht verkauft
wird.
Abg. Gorking (Str.) bekämpft den Antrag Heig gegenüber be-
wehrt es, daß es sich um Gebiete einer Zolltarifgebiete nicht
nicht weiter gehen will. Die zweite Seite des Gesetzes wolle
es darauf hin, wie sie sich bei dem Interesse der Volkswirtschaft
zu wichtigen Angelegenheiten zum Fischfangrecht
gegenüber verhalten hat. Trotzdem der Entwurf derselben seit
Jahren notwendig ist, hat sie die Anträge nach monatelangen
Beratungen in der Kommission zurückgewiesen und zwar mit
Macht auf die angeblich den Landbesitzern und Güterbesitzern
in zu großem Maße angebrachten Steuern. Und bei dieser
Abgabe in einzelnen Angelegenheiten der Landwirtschaft welche Gie!
Eine Gegenüberstellung mit dem, was, was, was, was, was, was, was
nicht unmöglich. (Beifall.)
Der Antrag Zentler (Str.) wird abgelehnt.
Der Gegenentwurf, betreffend die
Dienstbesitz der Kreisverwaltungen
wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.
Gegenwärtig angenommen eine Resolution der Kommission,
in welcher die Regierung um Gewährung einer Ränge- und Ge-
haltssteigerung für die Kreisverwaltungen ersucht wird.
Am 29. Juni die Tagesordnung erhebt.
Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. (Unterbrechung der
Freisinnigen, betreffend die Sammelgesellschaft des Grafen Altes-
bach; dritte Beratung des Anschlusses-Gesetzes und des heute
beratenen Gesetzes, betreffend das Fischfangrecht, Prüfung
der Wahl des Landtags Abgeordneten, kleinere Vor-
lagen, Vertagungsantrag der Regierung.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Melanoskulpturen ist festgestellt worden, daß ein Teil der
Luppen der japanischen Süd-Arme in nordöstlicher Richtung
vorwärts, um sich mit der Arme Kuratschi zu vereinigen. Nach
den Berichten bei Semimur in ein heftiges Gefecht eingeleitet.
Nach allen in den letzten Tagen erhaltenen Nachrichten kann
man die Streitkräfte der Japaner, welche gegen die Mandchurien-
Arme vorrückten, auf acht oder neun Divisionen Infanterie und
einige Brigaden der Reitertruppen schätzen. Die jetzt von den
Japanern ebenfalls in die erste Linie vorgeschoben worden sind.
Sonstige Meldungen.
— Einige Gineesen, die Port Arthur am 24. dS. verlassen
haben, berichten, daß nur vier Schiffschiffe, fünf Kreuzer und
mehrere Torpedoboote am 23. dS. den Hafen verlassen hätten,
von denen drei schwer beschädigt zurückkehrten, daß aber kein
Schiff geunken wäre.
Der Gouverneur der „Viktorija-Wiederholung“ meldet aus
Sibirischko vom 27. d. M.: General Kuratschi scheint keine
früheren Operationen geändert zu haben. Infolge eines
Krankheitsfalls auszuscheiden, tritt er am 26. d. die Nachfolge
27. d. d. in einem hügeligen Gebirge an. Infolge Tuppen
haben bis zum Morgen gegen 20000 Japaner nach. Am
27. d. früh wiederholte General Kuratschi den Angriff. Nach einem
erbitterten Kampfe gegen die Russen in eine neue
Stellung drei Meilen zurück.

Frankreich.
— In der Deputiertenkammer wurde die Beratung des Geset-
zes betr. die Kontrolle der Lebensversicherungs-
Gesellschaften fortgesetzt. Die Gegenpartei, wonach künst-
liche Unternehmungen des Inlandes und Auslandes der Ge-
nehmigung der Regierung unterstellt werden sollten, wird mit
299 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die sechs ersten Artikel des
Gesetzes wurden angenommen.
— Bei der Beratung des Artikels 41 des Militär-Gesetzes,
in dem die Einberufungszeit für die Weibchen der Territorial-
armee auf sechs Tage festgesetzt wird, beantragte Collard
(Str.) die Aufhebung dieser Einberufungen. Gegenüber
Abg. die Aufhebung dieser Einberufungen als unerschwinglich für
ihren Zulassung der Territorialarmee. Der Antrag wird
mit 346 gegen 224 Stimmen angenommen wird. Ferner wird
auch trotz des Einwurfs des Kriegsministers mit 402 gegen
147 Stimmen ein Änderungsantrag in Erwägung gezogen,
welchen Herr Senard, der aberkannterzeitliche Weibchen
während der Einberufungs- und Weibchenzeiten nicht zum Dienst
einberufen werden sollen.
— In der Kammer unterbreitete der Marineminister
Pelleton eine Nachtragsbudgetforderung von 9,851,000 Francs,
um das ostafrikanische Geschwader mit einer Abteilung
Torpedoboote auszurüsten, Kohlenlager in Saigon und Diego
Garcia zu errichten, Munition und Munition zu liefern zu
senden und die Häfen mit Torpedos auszurüsten.
Die konservativen Deputierten Denys Cochin und Goy-
er haben eine Interpellation über die Verfassung des Militärs
angebracht, durch die Geißliche von der Prüfung
zur Erlangung der Gynnasialprofessur aus-
geschlossen werden sollen.

Türkei.
Aus dem Kaiserhof in Wien liegen erfreuliche Konstatir-
ungen vor. Auf Eingreifen der Botschafter Englands,
Franklands und Frankreichs scheint die Ausbesserung der von
Sultanen autorisierten Verträge endlich begonnen worden zu
sein. Letztere betreffen 1. in Ansehung der Gebiete, die
Mehlischürfer übernommen, 2. in Ansehung von 5000 Hektar
für den Ausbau und die Ausbesserung der zerstörten Häfen,
3. in der Einleitung und die geschätzten Verweirer die ver-
lassenen Dörfer wieder besiedeln können, 4. in der Verteilung
von 2000 Hektar an die Flüchtlinge. Die zweite Be-
stimmung ist immer die große Gefahr der Eber und will nicht
zugeben, daß erste Ausbesserungen vorgenommen sind. Die
drei Vorschläge behaupten eine herauf bezügliche Diskussion
so lange das Ergebnis der weiteren Detail-Überlegungen der
Kommission ausständig ist. Die genaue Erhebungen dürften
lange Zeit in Anspruch nehmen, ein abgibt sicheres Resultat
hätte sich schwerlich ergeben, da die Einberufung des
Vorgefallene übertrifft und die eingehendste Landbesichtigung
aus Zweck vor Verhelfen wenig genügt ist, wochheitsgetreue
Ausgaben zu machen.
— Eine offizielle Mitteilung zufolge wurde ein Trade
vereinblich, durch welches der Verkauf des Militärs, nach
während dem ein Brief abgeordnet und für die Ver-
einblichungen angenommen werden sollen, sanktioniert wird,
Gleichzeitig wurde Kemal Pascha verurteilt, seinen Wohnsitz in
Constantinopel zu nehmen.
Am Sonnabend besetzten drei Rekrutabteilungen das
Telegraphenamt in Bizanz und erklärten, dasselbe nicht
eher verlassen zu wollen, als bis die Ober- zu ihrer Entlassung
wird sein wird. Die bei Bizanz anwesenden Rekrutabteilungen
wollen sich ihnen angeblich anschließen. Die Anführer be-
wehnen sich, die Demonstranten zu beruhigen. Die Demonstration
dürfte vielleicht die Ausbesserung der Demobilisierung be-
schleunigen, welche wieder fraglich geworden war, nachdem
einige leitende Stimmen in der Provinz, welche die Verant-
wortung für einen Wiederbeginn der Demobilisierung
fürsich, von der Demobilisierung abgeraten und aus-
drücklich erheben sich militärische Stimmen, welche im Interesse der
militärischen Disziplin empfehlen, die demobilisierenden Rekrut-
abteilungen nicht zu entlassen.

Geschäfts- und Reichsangelegenheiten.
— In der Deputiertenkammer wurde die Beratung des Geset-
zes betr. die Kontrolle der Lebensversicherungs-
Gesellschaften fortgesetzt. Die Gegenpartei, wonach künst-
liche Unternehmungen des Inlandes und Auslandes der Ge-
nehmigung der Regierung unterstellt werden sollten, wird mit
299 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die sechs ersten Artikel des
Gesetzes wurden angenommen.
— Bei der Beratung des Artikels 41 des Militär-Gesetzes,
in dem die Einberufungszeit für die Weibchen der Territorial-
armee auf sechs Tage festgesetzt wird, beantragte Collard
(Str.) die Aufhebung dieser Einberufungen. Gegenüber
Abg. die Aufhebung dieser Einberufungen als unerschwinglich für
ihren Zulassung der Territorialarmee. Der Antrag wird
mit 346 gegen 224 Stimmen angenommen wird. Ferner wird
auch trotz des Einwurfs des Kriegsministers mit 402 gegen
147 Stimmen ein Änderungsantrag in Erwägung gezogen,
welchen Herr Senard, der aberkannterzeitliche Weibchen
während der Einberufungs- und Weibchenzeiten nicht zum Dienst
einberufen werden sollen.
— In der Kammer unterbreitete der Marineminister
Pelleton eine Nachtragsbudgetforderung von 9,851,000 Francs,
um das ostafrikanische Geschwader mit einer Abteilung
Torpedoboote auszurüsten, Kohlenlager in Saigon und Diego
Garcia zu errichten, Munition und Munition zu liefern zu
senden und die Häfen mit Torpedos auszurüsten.
Die konservativen Deputierten Denys Cochin und Goy-
er haben eine Interpellation über die Verfassung des Militärs
angebracht, durch die Geißliche von der Prüfung
zur Erlangung der Gynnasialprofessur aus-
geschlossen werden sollen.

Frankreich.
— In der Deputiertenkammer wurde die Beratung des Geset-
zes betr. die Kontrolle der Lebensversicherungs-
Gesellschaften fortgesetzt. Die Gegenpartei, wonach künst-
liche Unternehmungen des Inlandes und Auslandes der Ge-
nehmigung der Regierung unterstellt werden sollten, wird mit
299 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die sechs ersten Artikel des
Gesetzes wurden angenommen.
— Bei der Beratung des Artikels 41 des Militär-Gesetzes,
in dem die Einberufungszeit für die Weibchen der Territorial-
armee auf sechs Tage festgesetzt wird, beantragte Collard
(Str.) die Aufhebung dieser Einberufungen. Gegenüber
Abg. die Aufhebung dieser Einberufungen als unerschwinglich für
ihren Zulassung der Territorialarmee. Der Antrag wird
mit 346 gegen 224 Stimmen angenommen wird. Ferner wird
auch trotz des Einwurfs des Kriegsministers mit 402 gegen
147 Stimmen ein Änderungsantrag in Erwägung gezogen,
welchen Herr Senard, der aberkannterzeitliche Weibchen
während der Einberufungs- und Weibchenzeiten nicht zum Dienst
einberufen werden sollen.
— In der Kammer unterbreitete der Marineminister
Pelleton eine Nachtragsbudgetforderung von 9,851,000 Francs,
um das ostafrikanische Geschwader mit einer Abteilung
Torpedoboote auszurüsten, Kohlenlager in Saigon und Diego
Garcia zu errichten, Munition und Munition zu liefern zu
senden und die Häfen mit Torpedos auszurüsten.
Die konservativen Deputierten Denys Cochin und Goy-
er haben eine Interpellation über die Verfassung des Militärs
angebracht, durch die Geißliche von der Prüfung
zur Erlangung der Gynnasialprofessur aus-
geschlossen werden sollen.

Türkei.
Aus dem Kaiserhof in Wien liegen erfreuliche Konstatir-
ungen vor. Auf Eingreifen der Botschafter Englands,
Franklands und Frankreichs scheint die Ausbesserung der von
Sultanen autorisierten Verträge endlich begonnen worden zu
sein. Letztere betreffen 1. in Ansehung der Gebiete, die
Mehlischürfer übernommen, 2. in Ansehung von 5000 Hektar
für den Ausbau und die Ausbesserung der zerstörten Häfen,
3. in der Einleitung und die geschätzten Verweirer die ver-
lassenen Dörfer wieder besiedeln können, 4. in der Verteilung
von 2000 Hektar an die Flüchtlinge. Die zweite Be-
stimmung ist immer die große Gefahr der Eber und will nicht
zugeben, daß erste Ausbesserungen vorgenommen sind. Die
drei Vorschläge behaupten eine herauf bezügliche Diskussion
so lange das Ergebnis der weiteren Detail-Überlegungen der
Kommission ausständig ist. Die genaue Erhebungen dürften
lange Zeit in Anspruch nehmen, ein abgibt sicheres Resultat
hätte sich schwerlich ergeben, da die Einberufung des
Vorgefallene übertrifft und die eingehendste Landbesichtigung
aus Zweck vor Verhelfen wenig genügt ist, wochheitsgetreue
Ausgaben zu machen.
— Eine offizielle Mitteilung zufolge wurde ein Trade
vereinblich, durch welches der Verkauf des Militärs, nach
während dem ein Brief abgeordnet und für die Ver-
einblichungen angenommen werden sollen, sanktioniert wird,
Gleichzeitig wurde Kemal Pascha verurteilt, seinen Wohnsitz in
Constantinopel zu nehmen.
Am Sonnabend besetzten drei Rekrutabteilungen das
Telegraphenamt in Bizanz und erklärten, dasselbe nicht
eher verlassen zu wollen, als bis die Ober- zu ihrer Entlassung
wird sein wird. Die bei Bizanz anwesenden Rekrutabteilungen
wollen sich ihnen angeblich anschließen. Die Anführer be-
wehnen sich, die Demonstranten zu beruhigen. Die Demonstration
dürfte vielleicht die Ausbesserung der Demobilisierung be-
schleunigen, welche wieder fraglich geworden war, nachdem
einige leitende Stimmen in der Provinz, welche die Verant-
wortung für einen Wiederbeginn der Demobilisierung
fürsich, von der Demobilisierung abgeraten und aus-
drücklich erheben sich militärische Stimmen, welche im Interesse der
militärischen Disziplin empfehlen, die demobilisierenden Rekrut-
abteilungen nicht zu entlassen.

Geschäfts- und Reichsangelegenheiten.
— In der Deputiertenkammer wurde die Beratung des Geset-
zes betr. die Kontrolle der Lebensversicherungs-
Gesellschaften fortgesetzt. Die Gegenpartei, wonach künst-
liche Unternehmungen des Inlandes und Auslandes der Ge-
nehmigung der Regierung unterstellt werden sollten, wird mit
299 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die sechs ersten Artikel des
Gesetzes wurden angenommen.
— Bei der Beratung des Artikels 41 des Militär-Gesetzes,
in dem die Einberufungszeit für die Weibchen der Territorial-
armee auf sechs Tage festgesetzt wird, beantragte Collard
(Str.) die Aufhebung dieser Einberufungen. Gegenüber
Abg. die Aufhebung dieser Einberufungen als unerschwinglich für
ihren Zulassung der Territorialarmee. Der Antrag wird
mit 346 gegen 224 Stimmen angenommen wird. Ferner wird
auch trotz des Einwurfs des Kriegsministers mit 402 gegen
147 Stimmen ein Änderungsantrag in Erwägung gezogen,
welchen Herr Senard, der aberkannterzeitliche Weibchen
während der Einberufungs- und Weibchenzeiten nicht zum Dienst
einberufen werden sollen.
— In der Kammer unterbreitete der Marineminister
Pelleton eine Nachtragsbudgetforderung von 9,851,000 Francs,
um das ostafrikanische Geschwader mit einer Abteilung
Torpedoboote auszurüsten, Kohlenlager in Saigon und Diego
Garcia zu errichten, Munition und Munition zu liefern zu
senden und die Häfen mit Torpedos auszurüsten.
Die konservativen Deputierten Denys Cochin und Goy-
er haben eine Interpellation über die Verfassung des Militärs
angebracht, durch die Geißliche von der Prüfung
zur Erlangung der Gynnasialprofessur aus-
geschlossen werden sollen.

Frankreich.
— In der Deputiertenkammer wurde die Beratung des Geset-
zes betr. die Kontrolle der Lebensversicherungs-
Gesellschaften fortgesetzt. Die Gegenpartei, wonach künst-
liche Unternehmungen des Inlandes und Auslandes der Ge-
nehmigung der Regierung unterstellt werden sollten, wird mit
299 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die sechs ersten Artikel des
Gesetzes wurden angenommen.
— Bei der Beratung des Artikels 41 des Militär-Gesetzes,
in dem die Einberufungszeit für die Weibchen der Territorial-
armee auf sechs Tage festgesetzt wird, beantragte Collard
(Str.) die Aufhebung dieser Einberufungen. Gegenüber
Abg. die Aufhebung dieser Einberufungen als unerschwinglich für
ihren Zulassung der Territorialarmee. Der Antrag wird
mit 346 gegen 224 Stimmen angenommen wird. Ferner wird
auch trotz des Einwurfs des Kriegsministers mit 402 gegen
147 Stimmen ein Änderungsantrag in Erwägung gezogen,
welchen Herr Senard, der aberkannterzeitliche Weibchen
während der Einberufungs- und Weibchenzeiten nicht zum Dienst
einberufen werden sollen.
— In der Kammer unterbreitete der Marineminister
Pelleton eine Nachtragsbudgetforderung von 9,851,000 Francs,
um das ostafrikanische Geschwader mit einer Abteilung
Torpedoboote auszurüsten, Kohlenlager in Saigon und Diego
Garcia zu errichten, Munition und Munition zu liefern zu
senden und die Häfen mit Torpedos auszurüsten.
Die konservativen Deputierten Denys Cochin und Goy-
er haben eine Interpellation über die Verfassung des Militärs
angebracht, durch die Geißliche von der Prüfung
zur Erlangung der Gynnasialprofessur aus-
geschlossen werden sollen.

Türkei.
Aus dem Kaiserhof in Wien liegen erfreuliche Konstatir-
ungen vor. Auf Eingreifen der Botschafter Englands,
Franklands und Frankreichs scheint die Ausbesserung der von
Sultanen autorisierten Verträge endlich begonnen worden zu
sein. Letztere betreffen 1. in Ansehung der Gebiete, die
Mehlischürfer übernommen, 2. in Ansehung von 5000 Hektar
für den Ausbau und die Ausbesserung der zerstörten Häfen,
3. in der Einleitung und die geschätzten Verweirer die ver-
lassenen Dörfer wieder besiedeln können, 4. in der Verteilung
von 2000 Hektar an die Flüchtlinge. Die zweite Be-
stimmung ist immer die große Gefahr der Eber und will nicht
zugeben, daß erste Ausbesserungen vorgenommen sind. Die
drei Vorschläge behaupten eine herauf bezügliche Diskussion
so lange das Ergebnis der weiteren Detail-Überlegungen der
Kommission ausständig ist. Die genaue Erhebungen dürften
lange Zeit in Anspruch nehmen, ein abgibt sicheres Resultat
hätte sich schwerlich ergeben, da die Einberufung des
Vorgefallene übertrifft und die eingehendste Landbesichtigung
aus Zweck vor Verhelfen wenig genügt ist, wochheitsgetreue
Ausgaben zu machen.
— Eine offizielle Mitteilung zufolge wurde ein Trade
vereinblich, durch welches der Verkauf des Militärs, nach
während dem ein Brief abgeordnet und für die Ver-
einblichungen angenommen werden sollen, sanktioniert wird,
Gleichzeitig wurde Kemal Pascha verurteilt, seinen Wohnsitz in
Constantinopel zu nehmen.
Am Sonnabend besetzten drei Rekrutabteilungen das
Telegraphenamt in Bizanz und erklärten, dasselbe nicht
eher verlassen zu wollen, als bis die Ober- zu ihrer Entlassung
wird sein wird. Die bei Bizanz anwesenden Rekrutabteilungen
wollen sich ihnen angeblich anschließen. Die Anführer be-
wehnen sich, die Demonstranten zu beruhigen. Die Demonstration
dürfte vielleicht die Ausbesserung der Demobilisierung be-
schleunigen, welche wieder fraglich geworden war, nachdem
einige leitende Stimmen in der Provinz, welche die Verant-
wortung für einen Wiederbeginn der Demobilisierung
fürsich, von der Demobilisierung abgeraten und aus-
drücklich erheben sich militärische Stimmen, welche im Interesse der
militärischen Disziplin empfehlen, die demobilisierenden Rekrut-
abteilungen nicht zu entlassen.

Geschäfts- und Reichsangelegenheiten.
— In der Deputiertenkammer wurde die Beratung des Geset-
zes betr. die Kontrolle der Lebensversicherungs-
Gesellschaften fortgesetzt. Die Gegenpartei, wonach künst-
liche Unternehmungen des Inlandes und Auslandes der Ge-
nehmigung der Regierung unterstellt werden sollten, wird mit
299 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die sechs ersten Artikel des
Gesetzes wurden angenommen.
— Bei der Beratung des Artikels 41 des Militär-Gesetzes,
in dem die Einberufungszeit für die Weibchen der Territorial-
armee auf sechs Tage festgesetzt wird, beantragte Collard
(Str.) die Aufhebung dieser Einberufungen. Gegenüber
Abg. die Aufhebung dieser Einberufungen als unerschwinglich für
ihren Zulassung der Territorialarmee. Der Antrag wird
mit 346 gegen 224 Stimmen angenommen wird. Ferner wird
auch trotz des Einwurfs des Kriegsministers mit 402 gegen
147 Stimmen ein Änderungsantrag in Erwägung gezogen,
welchen Herr Senard, der aberkannterzeitliche Weibchen
während der Einberufungs- und Weibchenzeiten nicht zum Dienst
einberufen werden sollen.
— In der Kammer unterbreitete der Marineminister
Pelleton eine Nachtragsbudgetforderung von 9,851,000 Francs,
um das ostafrikanische Geschwader mit einer Abteilung
Torpedoboote auszurüsten, Kohlenlager in Saigon und Diego
Garcia zu errichten, Munition und Munition zu liefern zu
senden und die Häfen mit Torpedos auszurüsten.
Die konservativen Deputierten Denys Cochin und Goy-
er haben eine Interpellation über die Verfassung des Militärs
angebracht, durch die Geißliche von der Prüfung
zur Erlangung der Gynnasialprofessur aus-
geschlossen werden sollen.

Frankreich.
— In der Deputiertenkammer wurde die Beratung des Geset-
zes betr. die Kontrolle der Lebensversicherungs-
Gesellschaften fortgesetzt. Die Gegenpartei, wonach künst-
liche Unternehmungen des Inlandes und Auslandes der Ge-
nehmigung der Regierung unterstellt werden sollten, wird mit
299 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Die sechs ersten Artikel des
Gesetzes wurden angenommen.
— Bei der Beratung des Artikels 41 des Militär-Gesetzes,
in dem die Einberufungszeit für die Weibchen der Territorial-
armee auf sechs Tage festgesetzt wird, beantragte Collard
(Str.) die Aufhebung dieser Einberufungen. Gegenüber
Abg. die Aufhebung dieser Einberufungen als unerschwinglich für
ihren Zulassung der Territorialarmee. Der Antrag wird
mit 346 gegen 224 Stimmen angenommen wird. Ferner wird
auch trotz des Einwurfs des Kriegsministers mit 402 gegen
147 Stimmen ein Änderungsantrag in Erwägung gezogen,
welchen Herr Senard, der aberkannterzeitliche Weibchen
während der Einberufungs- und Weibchenzeiten nicht zum Dienst
einberufen werden sollen.
— In der Kammer unterbreitete der Marineminister
Pelleton eine Nachtragsbudgetforderung von 9,851,000 Francs,
um das ostafrikanische Geschwader mit einer Abteilung
Torpedoboote auszurüsten, Kohlenlager in Saigon und Diego
Garcia zu errichten, Munition und Munition zu liefern zu
senden und die Häfen mit Torpedos auszurüsten.
Die konservativen Deputierten Denys Cochin und Goy-
er haben eine Interpellation über die Verfassung des Militärs
angebracht, durch die Geißliche von der Prüfung
zur Erlangung der Gynnasialprofessur aus-
geschlossen werden sollen.

Türkei.
Aus dem Kaiserhof in Wien liegen erfreuliche Konstatir-
ungen vor. Auf Eingreifen der Botschafter Englands,
Franklands und Frankreichs scheint die Ausbesserung der von
Sultanen autorisierten Verträge endlich begonnen worden zu
sein. Letztere betreffen 1. in Ansehung der Gebiete, die
Mehlischürfer übernommen, 2. in Ansehung von 5000 Hektar
für den Ausbau und die Ausbesserung der zerstörten Häfen,
3. in der Einleitung und die geschätzten Verweirer die ver-
lassenen Dörfer wieder besiedeln können, 4. in der Verteilung
von 2000 Hektar an die Flüchtlinge. Die zweite Be-
stimmung ist immer die große Gefahr der Eber und will nicht
zugeben, daß erste Ausbesserungen vorgenommen sind. Die
drei Vorschläge behaupten eine herauf bezügliche Diskussion
so lange das Ergebnis der weiteren Detail-Überlegungen der
Kommission ausständig ist. Die genaue Erhebungen dürften
lange Zeit in Anspruch nehmen, ein abgibt sicheres Resultat
hätte sich schwerlich ergeben, da die Einberufung des
Vorgefallene übertrifft und die eingehendste Landbesichtigung
aus Zweck vor Verhelfen wenig genügt ist, wochheitsgetreue
Ausgaben zu machen.
— Eine offizielle Mitteilung zufolge wurde ein Trade
vereinblich, durch welches der Verkauf des Militärs, nach
während dem ein Brief abgeordnet und für die Ver-
einblichungen angenommen werden sollen, sanktioniert wird,
Gleichzeitig wurde Kemal Pascha verurteilt, seinen Wohnsitz in
Constantinopel zu nehmen.
Am Sonnabend besetzten drei Rekrutabteilungen das
Telegraphenamt in Bizanz und erklärten, dasselbe nicht
eher verlassen zu wollen, als bis die Ober- zu ihrer Entlassung
wird sein wird. Die bei Bizanz anwesenden Rekrutabteilungen
wollen sich ihnen angeblich anschließen. Die Anführer be-
wehnen sich, die Demonstranten zu beruhigen. Die Demonstration
dürfte vielleicht die Ausbesserung der Demobilisierung be-
schleunigen, welche wieder fraglich geworden war, nachdem
einige leitende Stimmen in der Provinz, welche die Verant-
wortung für einen Wiederbeginn der Demobilisierung
fürsich, von der Demobilisierung abgeraten und aus-
drücklich erheben sich militärische Stimmen, welche im Interesse der
militärischen Disziplin empfehlen, die demobilisierenden Rekrut-
abteilungen nicht zu entlassen.

Ausland.

Der Krieg in Ostasien.

Ein neuer Bericht Knorpskattins.

Ein Telegramm General Kuratschi an den Kaiser vom
27. d. meldet: Am 28. Juni gingen die japanischen Truppen
wieder Truppen der stilligen Front zum Angriff vor.
Infolge Kavallerie- und Infanterie-Abteilungen gegen sich unter
dem Kommando der Japaner zurück und hielten dabei fest, daß der
Kampf sich in der Richtung der Fronten erfolgte. Nachdem die
Japaner am Abend des 28. Juni, unsere Truppen aus
Mandchurien zum Dahu-Paß hin zurückgedrängt hatten, haben
sie heute morgen fort, gegen unsere Stellung an dem Dahu-
Paß vorzurücken. Unsere Vorpostenstellungen hielten einige
Zeit einer gegen sie vorgehenden Infanterie-Brigade mit drei
Batterien, die von der Front vordrangen, stand, wurden aber von
anderen Truppen bedroht und zogen sich zurück. — Durch

